Wochen der Kooperation in Weddinghofen vom 03. bis 14.02.2020

Es gibt im Ortsteil Weddinghofen viele Institutionen und Vereine, welche die verschiedensten Angebote für Familien machen. Auf unterschiedliche Art und Weise wird versucht die Bedingungen für die Familien im Sozialraum positiv und lebenswert zu gestalten.
Deshalb haben schon vor einigen Jahren, auf Einladung von Ludger Kortendiek vom Jugendamt Bergkamen, viele Weddinghofener Akteure beschlossen, stärker zusammenzuarbeiten und ihre Kräfte zu bündeln. Daraus ergaben sich regelmäßige Sozialraumkonferenzen, bei denen es stets zu einem anregendem Austausch und einzelnen Kooperationen kam. Um die gemeinsame Arbeit zu intensivieren, wurden bei der letzten Konferenz im Juli 2019, die „Wochen der Kooperation“ ins Leben gerufen, welche jetzt erstmals vom 3. bis zum 14. Februar in Weddinghofen stattfinden.

Verschiedene Einrichtungen laden die Mitarbeiter*innen anderer Institutionen aus Weddinghofen zu sich ein, präsentieren ihre Arbeit und Räumlichkeiten und sind offen für Fragen und Austausch. Sicherlich werden sich neue Themen finden und vielleicht sogar konkrete Projekte entwickeln.

Zum Auftakt wird es am Montag, dem 3. Februar, 16 bis 17:30 Uhr, ein offenes Café für die Akteure in den Räumen der Ganztagsbetreuung der Pfalzschule in Weddinghofen geben. Ganz ohne Tagesordnung gibt es die Möglichkeit für Gespräche und die verschiedenen gegenseitigen Einladungen werden ausgetauscht.

Auch die zuständige Beigeordnete der Stadt Bergkamen Christine Busch, der Jugendamtsleiter Ludger Kortendiek sowie die

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Martina Bierkämper haben ihr Kommen angekündigt.

Grüne fordern, das Bebauungsplanverfahren BK 123 „Bambergstraße / Am Kiwitt“ zu stoppen

So hat sich der Architekt der UKBS das generationenübergreifende Wohnprojekt der UKBS südlich von Baubetriebshof und Feuerwehr vorgestellt. Möglich ist es, dieses Projekt an anderer Stelle im Stadtgebiet zu realisieren.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fordert die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens BK 123 „Bambergstraße / Am Kiwitt“ und

wird im Stadtrat einen entsprechenden Antrag stellen. Gegen eine Bebauung des Kiwitt-Parks hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Ursprünglich hatte die UKBS geplant, auf diesem Gelände ein Mehrgenerationenprojekt zu realisieren. Das kommunale Wohnungsbauunternehmen habe aber inzwischen signalisiert, dass sie auf einem anderen Gelände bauen möchte. Eine Notwendigkeit für ein Bebauungsplanverfahren bestehe deshalb nicht, erklärt die Fraktion

In der Antragsbegründung heißt es:

„Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels mit zunehmenden Extremwetterereignissen ist es notwendig, mit den noch vorhandenen Freiflächen sorgsam umzugehen. Neben dem Schutz des Freiraums muss auch dem Erhalt innerstädtischer Grünflächen mehr Bedeutung zugemessen werden. Diese Flächen haben sowohl auf das Binnenklima als auch auf die Versickerung von Niederschlägen positive Auswirkungen.
Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Faktor für Lebensqualität, Naherholung und die Gesundheit der Menschen im Stadtviertel.
Die Grünfläche am Kiwitt ist aus den genannten Gründen als solche zu erhalten.
Die Fläche ist im Flächennutzungsplan als Grünfläche ausgewiesen. Eine Notwendigkeit, diese für eine mögliche Bebauung zu überplanen, besteht nicht. Die UKBS, die Interesse an der Bebauung dieser Fläche hatte, hat zwischenzeitlich deutlich gemacht, dass sie die beabsichtigte Bebauung an anderer Stelle zu realisieren beabsichtigt. Auch die Haushaltslage der Stadt erfordert keine Veräußerung dieser Fläche.
Durch die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum jetzigen Zeitpunkt können personelle Ressourcen in der Bauverwaltung anderweitig genutzt werden; außerdem werden die Kosten für Gutachten (u. a. hinsichtlich der Umweltverträglichkeit) eingespart.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt darüber hinaus

zu prüfen, wie die Grünfläche als Naherholungsbereich ökologisch und in der Aufenthaltsqualität aufgewertet werden kann. Dabei soll ein Teil der Fläche als Bolzplatz erhalten und der Spielplatz mit neuen Spielgeräten attraktiver gestaltet werden.“

Bürgerbüro, Standesamt und Stadtbibliothek am Samstag geschlossen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bergkamener Stadtverwaltung sind am kommenden Samstag, 1. Februar, zu einer Personalversammlung eingeladen. Deshalb bleiben an diesem Tag das Bürgerbüro, das Standesamt und die Stadtbibliothek geschlossen.

Kranzniederlegung am ehemaligen KZ Schönhausen: Die große Mehrheit darf nicht wieder gegenüber Hass, Hetze

und Gewalt schweigen

Bürgermeister Roland Schäfer legte mit den Vetretern alle Ratsfraktion an der Gedenkstätte Schönhausen am 75 Jahrestag der Befreiung von Auschwitz einen Kranz nieder.

Der 27. Januar ist seit 1996 der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. An diesem Tag vor genau 75 Jahren im Jahr 1945 befreite die Rote Armee das KZ Auschwitz, das als Synonym für die Ermordung von sechs Millionen Juden durch das NS-Regime gilt. Aus diesem Anlass legte Bürgermeister Roland Schäfer am Montagnachmittag mit Vertretern des Stadtrats einen Kranz an der Gedenkstätte Schönhausen nieder.

Dort im ehemaligen Wohlfahrtsgebäude der Bergarbeitersiedlung, das heute von der Ev. Freikirchlichen Gemeinde Bergkamen als Gemeindehaus benutzt wird (Oberlinhaus), hatten die Nazis von April bis Oktober 1933 ein Konzentrationslager für den Kreis Unna und Hamm eingerichtet. Rund 900 Frauen und Männer, die dem NS-Regime kritisch gegenüber standen und auch großenteils dem Widerstand angehörten, wurden dort zeitweise inhaftiert

und gequält. Für viele war Schönhausen die erste Station eines langen Leidenswegs, der sie in größere KZ wie in Brauweiler bei Köln oder im Emsland führte.

Hass und Hetze und auch Gewaltanwendungen hätten damals zum Aufstieg der Nazi beigeragen, erklärte Bürgermeister Schäfer. Auch heute gebe es wieder Hass und Hetz und Gewalt. Nur dürfe es nicht wieder dazu kommen, dass die große Mehrheit wie damals dazu schweigt. Dies sei die Lehre, die die Gesellschaft heute aus diesem Teil der Geschichte ziehen müsse.

Mehr über das „Konzentrationslager Schönhausen“ finden Sie in dem Artikel „Vor 80 Jahren begann der Nazi-Terror im KZ Schönhausen“, der im „Bergkamen-Infoblog“ erschienen ist.

SPD Ortsverein Weddinghofen-Heil lädt am Samstag ein zur AnsprechBar

Am kommenden Samstag, 1. Februar, in der Zeit von 10:30 bis 11:30 Uhr ist der SPD Ortsverein Weddinghofen-Heil wieder vor Ort in Weddinghofen um seine regelmäßige Bürgersprechstunde in Form der AnsprechBar anzubieten. Vor der Barbara Apotheke stehen unter anderem Ratsmitglied Simone Leuthold-Haverkamp und Ortsvorsteher Dirk Haverkamp für Fragen, Anregungen und Gespräche zur Verfügung.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich aufgerufen und eingeladen ihre Anliegen im Rahmen der Bürgersprechstunde bei der örtlichen SPD zu platzieren. Die SPD in Weddinghofen bietet alle vier Wochen interessierten Bürgern die Gelegenheit im Rahmen einer Sprechstunde mit den lokalen Politikern der

SPD im Austausch zu bleiben. Die nächste AnsprechBar findet 07.03. 2020 statt.

CDU hat Antrag zur Ausweisung eines neuen Gewerbegebiets an der Lünener Straße gestellt

Beim Neujahrsempfang der Bergkamener CDU hatte es Fraktionsvorsitzender Thomas Heinzel angekündigt, jetzt hat er einen entsprechenden Antrag an Bürgermeister Roland Schäfer geleitet: die Ausweisung des ehemaligen Hofs Schulter-Ostermann an der Lünener Straße in Weddinghofen zwischen der A2 und der Straße Am langen Kamp.

Wörtlich heißt es in der Begründung zu diesem Antrag für die nächste Sitzung des Bergkamener Stadtrats:

„Bergkamen benötigt dringend neue Gewerbeflächen. Die Gewerbefläche an der Autobahn A2, im Dreieck von Autobahn A2, Landstraße L654 und Kreisstraße K9, befindet sich größtenteils in Besitz der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna. Die Fläche umfasst rd. 6,6 ha. Zudem ist eine gute Verkehrsanbindung an die angrenzende Autobahn gegeben.“

---

75 Jahre nach der Befreiung

des KZ Auschwitz: Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Historisches Foto vom Wohlfahrtsgebäude in der Siedlung Schönhausen.

Mit eine Kranzniederlegung wird am kommenden Montag, 27. Januar, auch in Bergkamen 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz der Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

Die Gedenkstunde beginnt an diesem Tage um 16.00 Uhr an der Gedenktafel am Gemeindezentrum der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde Kamen/Bergkamen an der Lentstraße 22 in der Siedlung Schönhausen in Bergkamen-Mitte. Zur Teilnahme an dieser Gedenkstunde, die von Bürgermeister Roland Schäfer geleitet wird, sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Der Ort des Gedenkens hat einen konkreten historischen Bezug zum Anlass des Gedenkens. Am Eingang des ehemaligen Wohlfahrtsgebäudes der früheren Zeche Grimberg I/II an der Lentstraße erinnert schon seit vielen Jahren eine Inschriftentafel daran, dass die Nationalsozialisten in diesem Gebäudekomplex von März bis Oktober 1933 vorübergehend ein provisorisches Sammellager für die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner eingerichtet hatten, um die Häftlinge dort mit Folterungen, Misshandlungen und Drohungen einzuschüchtern oder sie von dort aus in größere KZ-Lager im Emsland (Papenburg) oder nach Oranienburg nahe Berlin oder auch nach Dachau bei München zu verlegen.

Auf Initiative des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog wurde der 27. Januar – der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz 1945 – in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1996 offiziell zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt und wird seither als solcher begangen.

Schäfer präsentiert im Familienzentrum Mikado neues Kinderbuch: „Ein Tag mit dem Bürgermeister“

Bürgermeister Roland Schäfer stellte am Donnerstagmorgen Kindern des Familienzentrums Mikado das Kinderbuch de Städte- und Gemeindebunds NRW „Was macht meine Gemeinde? Ein tag mit dem Bürgermeister“ vor.

Am Donnerstagvormittag hat Bürgermeister Roland Schäfer das vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) Ende 2019 herausgegebene Kinderbuch „Was macht meine Gemeinde? Ein Tag mit dem Bürgermeister“ vorgestellt und übergeben. Stellvertretend für alle Kindertageseinrichtungen, den Familientreff und das Familienbüro in Bergkamen fand die Vorstellung und Übergabe des Kinderbuchs im städtischen Familienzentrum MIKADO statt.

Roland Schäfer, der natürlich nicht nur als Bürgermeister, sondern auch als Präsident des StGB NRW gleich in einer Doppelfunktion vertreten war, las einer kleinen Gruppe von Kindergartenkindern aus der Bärengruppe aus dem Buch vor. Sichtlich interessiert lauschten die kleinen Zuhörer der Vorlesung und wussten auch schon sehr viel über ihre Stadt zu berichten. Für Bürgermeister und Präsident des StGB NRW Roland Schäfer haben solche Termine eine wichtige Bedeutung.

„Mit dem Kinderbuch wollten der Städte- und Gemeindebund NRW und natürlich auch wir als Kommune das Interesse und die Identifikation mit der eigenen Stadt bereits im frühen Kindesalter fördern“. so Roland Schäfer „Die aktuellen Diskussionen zur Bedrohung von Amtsträgern war zwar nicht Anlass für die Herausgabe des Kinderbuchs; Sie hat aber in jedem Fall unsere Haltung bestärkt, dass wir Kommunen aktiv für die Anerkennung unseres Handelns werben müssen.“ so Schäfer weiter. „Ich freue mich daher sehr über das Interesse der Kinder und lade herzlich dazu ein, mich auch mal persönlich zu besuchen.“ so Roland Schäfer abschließend.

Hintergrundinformationen:
„Was macht meine Gemeinde – Ein Tag mit dem Bürgermeister“, so lautet der Titel des „Pixi“ ähnlichen Kinderbuchs, das der Städte- und Gemeindebund NRW Ende vergangenen Jahres hat auflegen lassen. Die Vorlage sowie das Konzept hierfür wurden durch den niedersächsischen Städte- und Gemeindebund entwickelt.

Die Geschichte nimmt eine Gruppe von Kindergartenkindern unter Begleitung des Bürgermeisters mit auf Reisen durch die Aufgaben einer Stadt in NRW. Auf 24 Seiten lernen Mädchen und

Jungen die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Bürgermeisters kennen und erfahren, dass es auch Bürgermeisterinnen gibt. Zusammen besuchen sie auf einem Streifzug durch die Gemeinde u.a. das Rathaus, die Müllabfuhr oder die Feuerwehr. Das Buch ist geeignet für Kinder im Alter von 3 – 6 Jahren.
Die Stadt Bergkamen hat zu diesem Zweck eine Auflage von 200 Exemplaren zur Verteilung an alle Kindergartengruppen in Bergkamen sowie den Familientreff und das Familienbüro der Stadt Bergkamen beim Städte- und Gemeindebund NRW bestellt.

Die Verteilung an die benannten Stellen erfolgt zeitnah über das Jugendamt der Stadt Bergkamen.

Bestellinformation:
Die erste Auflage des Kinderbuchs ist nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW bereits vollständig vergriffen. Sobald die neue Auflage fertiggestellt ist, wird der Städte- und Gemeindebund NRW in geeigneter Weise hierüber informieren.

Neujahrsempfang der CDU: Heinzel fordert erneut die Ausweisung eines neuen Gewerbegebiets an Lünener Straße und Autobahn

Der FAKT-Campus bot am Sonntag den neuen Rahmen mit ausreichend vielen Sitzplätzen für den Neujahrsempfang der Bergkamener CDU.

Mit ihrem traditionellen Neujahrsempfang startete die Bergkamener CDU am Sonntagmorgen im FAKT-Campus am Kleiweg in Weddinghofen ins Kommunalwahljahr 2020. Einer Spekulation beugte Thomas Heinzel gleich vor: Aus dem Umstand, dass er Hauptredner dieser Veranstaltung sei, dürfe man nicht schließen, er sei jetzt der Bürgermeisterkandidat der Union. Schließlich sei es üblich, dass der Fraktionsvorsitzende ausführlich Stellung dazu nehme, was in Bergkamen künftig bewegt werden solle.

Und hier hatte er eine Überraschung parat: Heinzel kündigte einen Antrag der CDU-Fraktion für die nächste Ratssitzung an, noch einmal einen Versuch zu unternehmen mit dem Ziel, den ehemaligen Hof Schulte Ostermann zwischen Lünener Straße, Autobahn A2 und den Langen Kamp als Gewerbegebiet auszuweisen.

Stadtverbandsvorsitzender Marco Morten Pufke am Rednerpult.

Dies hatte die Stadt schon einmal probiert, scheiterte aber am Veto des Regionalverbands Ruhrgebiet. Zumindest Stadtverbandsvorsitzender Marco Morten Pufke hegt hier die Hoffnung auf ein Umdenken in der Essener RVR-Zentrale. Dies könnte durch eine andere Zusammensetzung des Ruhrparlaments gefördert werden. Deutlich wies er darauf hin, dass am 13. September nicht nur ein neuer Stadtrat und Bürgermeister sowie Kreistag und Landrat, sondern erstmals auch die Mitglieder der RVR-Versammlung direkt gewählt werden.

Ohne vorher einen konkreten Standort zu nennen, forderte Pufke die Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Durch sie könne der Verlust von rund 1000 Arbeitsplätzen durch die Abschaltung der Kohlekraftwerke bis 2038 oder früher aufgefangen werden. Für die Bewältigung des Strukturwandels stelle der Bund 40 Mrd. Euro zur Verfügungen. 600 Millionen davon entfielen nach der Berechnung Pufkes auf den Kreis Unna. Und der Stadtverbandsvorsitzende wusste auch, wohin dieses Geld fließen müsse: zu den kommunen mit den betroffenen Kraftwerken Bergkamen, Lünen und Werne.

Zumindest von einer Tradition hat sich der CDU-Stadtverband verabschiedet: Der Neujahrsempfang fand nicht mehr wie in den vielen Jahren vorher in der Ökologiestation in Heil statt. Der FAKT-Campus biete mehr Platz für die zahlreichen Gäste, erklärte Pufke.

Otto-Wels-Preis 2020: Oliver Kaczmarek ruft junge Menschen zur Teilnahme an Kreativwettbewerb auf

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek ruft Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren dazu auf, sich am Kreativwettbewerb für den „Otto-Wels-Preis für Demokratie 2020“ zu beteiligen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aufgefordert, sich 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kreativ mit dem Thema „Erinnern – Versöhnen – Unsere Zukunft friedvoll gestalten“ zu beschäftigen.

„Wir suchen kreative Ideen, mit denen sich junge Menschen mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Aufbruch in ein friedliches Europa auseinandersetzen“, sagt Kaczmarek. Der Abgeordnete ist überzeugt: „Gerade in der heutigen Zeit ist es besonders wichtig, dass wir an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs erinnern. Und auch daran, wie wichtig es ist, zu versöhnen und eine friedliche und positive Zukunft zu schaffen, ohne die Vergangenheit aus dem Blick zu verlieren.“

Mit dem Otto-Wels-Preis für Demokratie zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen mit kreativen Ideen aus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können dabei aus drei verschiedenen Aufgabenstellungen und aus unterschiedlichen Darstellungsformen – von einer Rede über Fotografien bis hin zu Videos oder Essays – auswählen. Der Preis soll einen Beitrag dazu leisten, dass sich junge Menschen mit den Themen Erinnerungskultur und ein friedliches Zusammenleben in Europa beschäftigen.

Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, sie können Einzel- oder Gruppenarbeiten einreichen. Die Wettbewerbsausschreibung und das Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2020.

„Die Preisträgerinnen und Preisträger laden wir zur Preisverleihung nach Berlin ein“, kündigt Kaczmarek an. Den ausgezeichneten Beiträgen winken zudem attraktive Geldpreise, die von den SPD-Bundestagsabgeordneten gestiftet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion verleiht den „Otto-Wels-Preis“ 2020 bereits zum siebten Mal. Anliegen des Preises ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das gesellschaftliche Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.

Leserbrief: Bergbau zahlt Entschädigungen

Zur Berichterstattung zum Thema „Bergbau zahlt Entschädigung“ erreichte uns ein Leserbrief von Rainer Schmidt. Auch hier gilt: Leserbriefe müssen nicht die Meinung der Redaktion widergeben.

„Endlich eine gute Nachricht von der RAG. Leider nicht für alle Betroffenen. Die Entschädigungszahlungen im Bergkamener Stadtgebiet gehen lediglich an einige wenige Einwohner im Ortsteil Overberge.
Die Begründung der RAG für die Nichtberücksichtigung weiterer Betroffener in anderen Ortsteilen

Bergkamens wird hoffentlich bald erfolgen. Oder wird gar bezweifelt, dass häufige massive Erderschütterungen auch an anderen Stellen in Bergkamen spürbar waren? Der RAG sollte auf jeden Fall Gelegenheit gegeben werden, diese auf den ersten Blick nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung zu erklären.
Immerhin hat der VBHG nach „intensiven Verhandlungen“ diesem Ergebnis zugestimmt. Auch hier sollten die Verhandlungsführer der Öffentlichkeit erklären, warum einer großen Zahl von durch Erdschütterungen betroffenen Anwohnern eine Entschädigung vorenthalten wird.
Letztendlich erwarte ich von den politischen Parteien und ihren Vertretern in Bergkamen, wie sie diese bislang intransparente Ungleichbehandlung beurteilen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich Siedlergemeinschaften angeschlossen. Deren Vorstände müssen sich im Interesse ihrer Mitglieder ebenfalls zu diesem Thema zu Wort melden und Stellung beziehen.
Wenn nicht jetzt, wann dann?:

Rainer Schmidt
Taubenstr. 29
59192 Bergkamen